

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 61

FREITAG, DEN 5. AUGUST

2011

Inhalt:

	Seite		Seite
Benennung von Verkehrsflächen	1793	Öffentliche Anhörung zu einer möglichen Gleisüberbauung mit einem Nahversorgungsmarkt am U-Bahnhof Berne	1795
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Altona-Nord 5	1794	Berichtigung der Widmung der Wegefläche Ebeersreye	1795
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Barmbek-Süd 11	1794	Berichtigung	1795
Öffentliche Plandiskussion über die Planänderungsverfahren für die Plangebiete Alsterdorf 7 und 8, Fuhlsbüttel 2, Groß Borstel 5, 10, 19 und 26, Langenhorn 40 und Ohlsdorf 24 (Sicherung von Arbeitsstättenflächen)	1795	Fachspezifische Bestimmungen für den Bachelornebenfachstudiengang Lateinamerika-Studien der Fakultät für Geisteswissenschaften	1796

BEKANNTMACHUNGEN

Benennung von Verkehrsflächen

Der Senat hat am 28. Juli 2011

1. die nachstehend beschriebenen Verkehrsflächen wie folgt benannt:

im Bezirk Hamburg-Nord

Stadtteil Ohlsdorf – Ortsteil 430 –

die insgesamt etwa 175 m lange, von der Feuerbergstraße – etwa 105 m nordöstlich der Einmündung Rübenkamp – zunächst etwa 85 m leicht nach Nordnordwesten abzweigende, dann etwa 90 m nach Norden abknickende und in einer Kehre endende, wohnhofartige neue Stichstraße

De Utspann,

im Bezirk Bergedorf

Stadtteil Neuallermöhe – Ortsteil 615 –

den insgesamt etwa 525 m langen, von der Margit-Zinke-Straße – in Höhe der Einmündung der Von-Halem-Straße – zunächst etwa 200 m nach Ostsüdosten abzweigenden, dann etwa 205 m nach Südosten schwenkenden und den Grenzgraben überquerenden, sowie von dort etwa 120 m nach Ostsüdosten zurückschwenkenden und in den Henriette-Herz-Ring einmündenden, bereits vorhandenen Fußweg

Neuallermöher Querweg,

2. die nachstehend beschriebene Verkehrsfläche wie folgt umbenannt:

im Bezirk Hamburg-Mitte

Stadtteil St. Georg – Ortsteil 114 –

den etwa 110 m langen und etwa 16 m breiten, von der Ernst-Merck-Straße südlich um das sogenannte Bieberhaus verlaufenden, nach Osten abknickenden und an der Kirchenallee endenden Nordteil des Hachmannplatzes in

Heidi-Kabel-Platz,

3. festgestellt, dass die Teilumbenennung des Hachmannplatzes in Heidi-Kabel-Platz am 4. September 2011 in Kraft tritt und die anderen Benennungen dieses Beschlusses mit dem Beschlussdatum in Kraft treten.

Pläne über die Lage der neu benannten Verkehrsflächen können bei den zuständigen Bezirksämtern (Fachamt „Management des öffentlichen Raumes“) und beim Staatsarchiv Hamburg, Kattunbleiche 19, II. Stock, Zimmer V 220, 22041 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 28. Juli 2011

Die Kulturbehörde
– Staatsarchiv –

Amtl. Anz. S. 1793

Anhang

Erklärung der neuen Namen

De Utspann

unter Bezug auf einen in der Nähe gelegenen Kutschhof (Ausspann-Hof)

Neuallermöher Querweg

nach seiner Lage im neuen Stadtteil

Heidi-Kabel-Platz

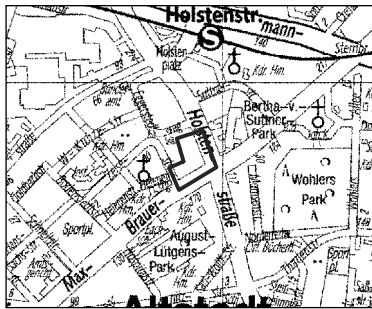
nach Heidi Kabel (1914-2010), bundesweit beliebte Volksschauspielerin am Ohnsorg-Theater von 1932 bis 1996, erlangte Popularität durch die ab 1954 gesendeten Fernsehübertragungen, bereits zu Lebzeiten eine hoch verehrte „Hamburger Legende“

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Altona-Nord 5

Das Bezirksamt Altona hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), öffentlich auszulegen.

Bebauungsplan Altona-Nord 5 – Änderung

Gebiet zwischen Eggerstedtstraße, Holstenstraße und Max-Brauer-Allee (Bezirk Altona, Ortsteil 210).



Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Eggerstedtstraße – Nord- und Westgrenze des Flurstücks 1219, Westgrenze des Flurstücks 1117, West- und Nordgrenze des Flurstücks 192 der Gemarkung Altona-Nordwest – Holstenstraße – Max-Brauer-Allee.

Mit der Änderung des Bebauungsplans Altona-Nord 5 soll die vorhandene städtebauliche Struktur erhalten und gestärkt werden. Durch den Ausschluss und die Erweiterung von Spielhallen und ähnlichen Betrieben sollen die bestehenden Ladengeschäfte im Plangebiet, die der Versorgung des näheren Umfeldes mit Gütern des täglichen Bedarfs dienen, vor Verdrängung geschützt werden. Die Zulassung weiterer Spielhallen und ähnlicher Betriebe würde dem Ziel einer Gebietsaufwertung des gesamten Bereiches um die Kreuzung Max-Brauer-Allee/Holstenstraße, die durch ein großes Neubauvorhaben auf der gegenüberliegenden Ecke zu erwarten ist, zuwiderlaufen.

Der Entwurf (zeichnerische Darstellung mit textlicher Festsetzung und Begründung) wird in der Zeit vom 22. August 2011 bis einschließlich 22. September 2011 an den Werktagen (außer sonntags) während der Dienststunden im Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), V. Stock, 22767 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Da durch die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplans die Grundzüge der Planung nicht betroffen sind, soll das vereinfachte Verfahren nach § 13 des Baugesetzbuchs angewendet werden, womit auf eine Umweltprüfung verzichtet werden kann.

Während der öffentlichen Auslegung können Anregungen zum Bebauungsplan bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 7. Juli 2011

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1794

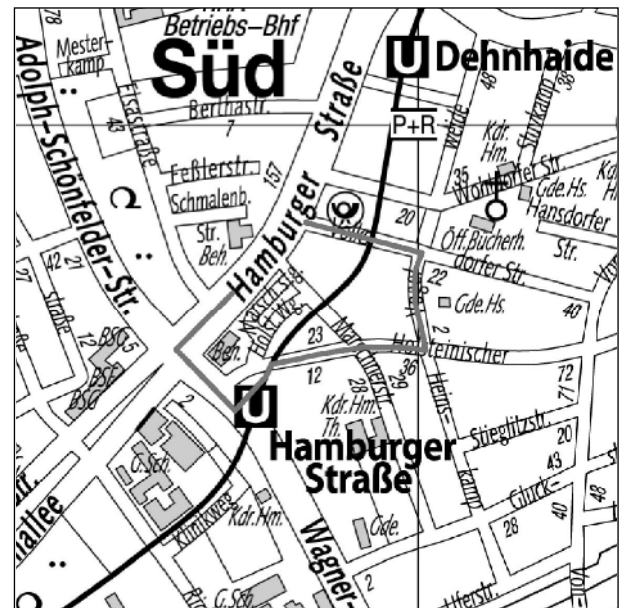
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Barmbek-Süd 11

Das Bezirksamt Hamburg-Nord hat beschlossen, folgenden Bauleitplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 12. April 2011 (BGBl. I S. 619, 633), erneut öffentlich auszulegen.

Das Bebauungsplanverfahren wurde durch den Aufstellungsbeschluss N 6/04 eingeleitet.

Bebauungsplan-Entwurf Barmbek-Süd 11

Gebietsgrenzen: Hamburger Straße – Volksdorfer Straße – Vogelweide – Holsteinischer Kamp – über das Flurstück 484 – Wagnerstraße (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 422).



Mit dem Bebauungsplan sollen die vorhandenen Arbeitsstättennutzungen und Wohnnutzungen geschützt und weiterentwickelt werden. Ziel ist die Ausweisung von Gewerbegebieten und Mischgebiet mit höherer Ausnutzbarkeit sowie ein Allgemeines Wohngebiet. Ferner soll eine planungsrechtliche Sicherung des Bestandes durch die Ausweisung von Kerngebiet sowie eine Gliederung der Baugebiete hinsichtlich von Einzelhandelsausschluss erfolgen.

Es liegen folgende umweltbezogene Informationen vor:

- Lärmbetrachtung 2006 und Lärmkontingentierung 2011.
- Untersuchung auf Luftschadstoffe 2006, mit Nachträgen 2008 und 2009.
- Bodenuntersuchung/Altlasten 2005.

Der Bebauungsplan-Entwurf (zeichnerische Darstellung mit textlicher Festsetzung und Begründung) wird in der Zeit vom 15. August 2011 bis 29. August 2011 an den Werktagen (außer sonntags) montags bis donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Nord, Technisches Rathaus, Kümmellstraße 6, VI. Obergeschoss, 20249 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Auskünfte zum ausgelegten Bebauungsplan-Entwurf erteilt das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung nach vorheriger telefonischer Terminabsprache unter Telefonnummer 040/4 28 04 - 60 26 oder - 6020.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen nur zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen des ausliegenden Bebauungsplan-Entwurfs bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben. Zudem ist ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 25. Juli 2011

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1794

Öffentliche Plandiskussion über die Planänderungsverfahren für die Plangebiete Alsterdorf 7 und 8, Fuhlsbüttel 2, Groß Borstel 5, 10, 19 und 26, Langenhorn 40 und Ohlsdorf 24 (Sicherung von Arbeitsstättenflächen)

Der Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord führt zu den Textänderungsentwürfen der Bebauungspläne Alsterdorf 7 und 8, Fuhlsbüttel 2, Groß Borstel 5, 10, 19 und 26, Langenhorn 40 und Ohlsdorf 24 mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung durch.

Durch die Verordnungen soll innerhalb der bezeichneten Gebiete mittels neuer Festsetzungen die Einzelhandelsnutzung beschränkt werden. Gleichzeitig erfolgt eine Umstellung auf die aktuell gültige Baunutzungsverordnung.

Die Planänderungsverfahren beziehen sich ausschließlich auf die in den oben genannten Bebauungsplänen als Gewerbe-, Industrie- und Mischgebiete ausgewiesenen Flächen und werden nach § 13 des Baugesetzbuchs durchgeführt.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 18. August 2011, um 19.00 Uhr in der Sankt Marienkirche, Am Hasenberge 44, 22337 Hamburg, statt.

Informationsmaterial kann ab dem 11. August 2011 montags bis donnerstags in der Zeit zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung im technischen Rathaus im VI. Stock in der Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg, eingesehen werden.

Auskünfte zu den Verordnungsentwürfen der Bebauungspläne erteilt das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung nach vorheriger telefonischer Terminabsprache (Telefon: 040/4 28 04 - 60 26 oder - 60 20).

Hamburg, den 29. Juli 2011

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1795

Öffentliche Anhörung zu einer möglichen Gleisüberbauung mit einem Nahver- sorgungsmarkt am U-Bahnhof Berne

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek lädt die interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer

Informationsveranstaltung mit anschließender Diskussion über eine mögliche Überbauung der Gleise am U-Bahnhof Berne ein. Die Veranstaltung findet am Montag, dem 22. August 2011, um 18.00 Uhr im Forum der Erich-Kästner Gesamtschule, Hermelinweg 8-10, 22159 Hamburg, statt.

Im Rahmen der Öffentlichen Anhörung soll eine mögliche Überbauung der Gleise südlich des U-Bahnhofs Berne mit einer Fundamentplatte zur Errichtung eines Nahversorgungsmarktes inklusive Stellplatzanlage erörtert werden. Im Zusammenhang mit einem solchen Vorhaben ist es vorgesehen, Einnahmen aus der Nutzung für einen barrierefreien Zugang zum U-Bahnsteig durch einen Fahrstuhl zu verwenden.

Ziel der Veranstaltung ist eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit vor der Entscheidung über die mögliche Einleitung formeller Planungsschritte.

Anschauungsmaterial kann am Montag, dem 22. August 2011, ab 17.30 Uhr am Veranstaltungsort eingesehen werden.

Zur Öffentlichen Anhörung sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Hamburg, den 22. Juli 2011

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1795

Berichtigung der Widmung der Wegefläche Ebeersreye

In der Verfügung der Widmung der Wegefläche Ebeersreye vom 4. Juli 2006 (Amtl. Anz. Nr. 58 vom 25. Juli 2006 S. 1722) muss es ab der dritten Zeile richtig heißen:

„... belegene Wegefläche Ebeersreye, vom Berner Heerweg etwa 185 m westlich verlaufend und in einer Kehre endend, mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr, sowie die daran anschließende Wegeverbindung bis zum Friedrich-Ebert-Damm für den Fußgänger- und Radfahrverkehr gewidmet.“

Hamburg, den 28. Juli 2011

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1795

Berichtigung

Die im Amtlichen Anzeiger Nr. 18 vom 4. März 2008 veröffentlichte Bekanntmachung „Fachspezifische Bestimmungen für den Bachelorstudiengang Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft“ der Universität Hamburg vom 12. September 2007 wird wie folgt berichtigt:

In der Modulbeschreibung für das Pflichtmodul VM AEW „Geschichte, Theorien und gesellschaftliche Bedingungen von Erziehung, Bildung und Sozialisation“ wird in der Rubrik „Gesamtarbeitsaufwand des Moduls“ die Textstelle „12 Leistungspunkte“ durch die Textstelle „10 Leistungspunkte“ ersetzt.

Hamburg, den 15. Juli 2011

Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 1795

Fachspezifische Bestimmungen für den Bachelornebenfachstudiengang Lateinamerika-Studien der Fakultät für Geisteswissenschaften

Vom 4. Mai 2011

Das Präsidium der Universität Hamburg hat am 9. Mai 2011 die von der Fakultät für Geisteswissenschaften am 4. Mai 2011 auf Grund von § 91 Absatz 2 Nummer 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171) in der Fassung vom 16. November 2010 (HmbGVBl. S. 605) beschlossenen Fachspezifischen Bestimmungen für den Bachelorstudiengang Lateinamerika-Studien als Nebenfach eines Studienganges mit dem Abschluss „Bachelor of Arts“ (B.A.) gemäß § 108 Absatz 1 HmbHG genehmigt.

Präambel

Diese Fachspezifischen Bestimmungen ergänzen die Regelungen der Prüfungsordnung der Fakultät für Geisteswissenschaften für Studiengänge mit dem Abschluss Bachelor of Arts (B.A.) vom 23. November 2005 (PO B.A.) in der jeweils geltenden Fassung und beschreiben die Module für das Nebenfach Lateinamerika-Studien.

I.

Ergänzende Bestimmungen zur PO B.A.

Zu § 1

Studienziel, Prüfungszweck, Akademischer Grad, Durchführung des Studiengangs

Zu § 1 Absatz 1:

Die Lateinamerika-Studien verstehen sich als disziplinenübergreifende Area Studies und vermitteln regional auf Lateinamerika bezogene Kenntnisse.

Studienziel ist der Erwerb grundlegender regionalspezifischer Fachkenntnisse in inter- und transdisziplinären Per-

spektiven auf der Grundlage der Fremdsprachen Spanisch oder Portugiesisch. Studierende sollen auf breiter Ebene und mit Hilfe fachübergreifender Fragestellungen für den Umgang mit den komplexen Problemen und Erscheinungen der Region Lateinamerika vorbereitet werden. Ein erfolgreiches Studium des Bachelornebenfachstudiengangs Lateinamerika-Studien vermittelt den Studierenden nicht nur Kenntnisse exemplarischer theoretisch-methodischer Grundlagen und Forschungsansätze der an den Lateinamerika-Studien beteiligten Fächer, sondern auch die damit verbundene Fähigkeit, sich Schlüsselkonzepte und Begrifflichkeiten der einzelnen Disziplinen in ihrer Bedeutung für lokale, regionale und globale Zusammenhänge zu erschließen, um sie im Kontext eigener Fragestellungen kritisch anzuwenden.

Zu § 1 Absatz 4:

Die Durchführung des Bachelornebenfachstudiengangs erfolgt durch die Fakultät für Geisteswissenschaften.

Zu § 4

Studien- und Prüfungsaufbau

Zu § 4 Absatz 2:

Der Studiengang Lateinamerika-Studien gliedert sich in eine Einführungsphase, eine Aufbauphase und eine Vertiefungsphase.

Die Einführungsphase beginnt im 1. Semester und endet im 3. Semester.

Die Aufbauphase beginnt im 2. Semester und endet im 5. Semester.

Die Vertiefungsphase beginnt im 3. Semester und endet im 6. Semester.

Zu § 4 Absätze 3 und 4:

(1) Das Fach Lateinamerika-Studien als Nebenfach eines B.A.-Studiengangs besteht aus Modulen im Umfang von 45 LP.

Phase	Module			
Einführung 1.-3. Semester	Einführungsmodul (E1) Grundkurs		Einführungsmodul (E2) Sprachpraxis Spanisch I	Einführungsmodul (E2) Sprachpraxis Portugiesisch I
	Vorlesung + Übung (4 SWS/3 LP) Pflichtmodul		Sprachlehrveranstaltung SP1 <i>Intensivkurs</i> + Sprachlehrveranstaltung SP2 <i>oder</i> (8 SWS/8 LP) Wahlpflichtmodul	Sprachlehrveranstaltung SP1 <i>Intensivkurs</i> + Sprachlehrveranstaltung SP2 (8 SWS/8 LP) Wahlpflichtmodul
Aufbau 2.-5. Semester	Aufbaumodul (A1) Geographie & Gesellschaft: Grundlagen	Aufbaumodul (A2) Geschichte & Indigene Kulturen: Grundlagen	Aufbaumodul (A3) Sprachpraxis Spanisch II	Aufbaumodul (A3) Sprachpraxis Portugiesisch II
	Sem./Vorl. <i>Geographie A</i> + Sem./Vorl. <i>Politik A</i> (4 SWS/6 LP) Pflichtmodul	Sem./Vorl. <i>Geschichte A</i> + Sem./Vorl. <i>Indigene Kulturen A</i> (4 SWS/6 LP) Pflichtmodul	<i>oder</i> Sprachlehrveranstaltung SP3 <i>Intensivkurs</i> + Sprachlehrveranstaltung SP4 (7 SWS/7 LP) Wahlpflichtmodul	Sprachlehrveranstaltung SP3 <i>Intensivkurs</i> + Sprachlehrveranstaltung SP4 (7 SWS/7 LP) Wahlpflichtmodul
Vertiefung 3.-6. Semester	Vertiefungsmodul (V1) Geographie & Gesellschaft im regionalen Kontext	Vertiefungsmodul (V2) Geschichte & Indigene Kulturen im regionalen Kontext	Vertiefungsmodul (V3) Sprache & Literatur	
	<i>oder</i> Seminar <i>Geographie B</i> + Seminar <i>Politik B</i> (4 SWS/8 LP) Wahlpflichtmodul	Seminar/Übung <i>Geschichte B</i> + Seminar <i>Indigene Kulturen B</i> (4 SWS/8 LP) Wahlpflichtmodul	Sem./Vorl. <i>Sprache & Literatur A</i> + Seminar <i>Sprache & Literatur B</i> Spanisch bzw. Portugiesisch (4 SWS/7 LP) Pflichtmodul	

Die Studierenden wählen zwischen den beiden Sprachprofilen Spanisch und Portugiesisch. Studierende, die im Hauptfach Spanisch studieren, müssen das Sprachprofil Portugiesisch wählen; Studierende, die im Hauptfach Portugiesisch studieren, müssen Spanisch wählen.

In der Vertiefungsphase setzen die Studierenden ihren Schwerpunkt entweder im Bereich „Geographie und Gesellschaft“ oder im Bereich „Geschichte & Indigene Kulturen im regionalen Kontext“ durch Wahl des entsprechenden Wahlpflicht-Vertiefungsmoduls.

Von den Studierenden belegte Module bzw. Lehrveranstaltungen der Lateinamerika-Studien dürfen sich nicht mit Modulen bzw. Lehrveranstaltungen des Hauptfaches der Studierenden wiederholen oder überschneiden. Dieses wird durch die besondere Kennzeichnung der Veranstaltungen der Lateinamerika-Studien gewährleistet. Die doppelte Anrechnung von Lehrveranstaltungen oder Modulen im Haupt- und Nebenfach ist ausgeschlossen.

(2) Der Studiengang Lateinamerika-Studien kann von Studierenden, die einen Studiengang mit dem Abschluss Bachelor of Science (B.Sc.) studieren, als Ergänzungsfach im Rahmen ihres Hauptfachstudiums belegt und studiert werden. Näheres hierzu ist in Ergänzungsfachvereinbarungen mit den entsprechenden Studienfächern geregelt.

Zu § 4 Absatz 6:

Der Studiengang Lateinamerika-Studien kann unter Beachtung der nachfolgenden Grundsätze für die Studienplanung im Teilzeitstudium absolviert werden. Hierfür sind die nachfolgenden Regelungen zu beachten:

(1) Teilzeitstudierende müssen ihren veränderten Studierendenstatus unverzüglich der Prüfungsstelle mitteilen (Bescheinigung des Zentrums für Studierende). Der veränderte Status wird von der Prüfungsstelle vermerkt.

(2) Bei einem Teilzeitstudium müssen im Regelfall die für das Vollzeitstudium in den Fachspezifischen Bestimmungen vorgesehenen Module und Leistungspunkte (30 LP) eines Fachsemesters in zwei Hochschulseestern absolviert werden. Die im Vollzeitstudium vorgesehene verbindliche Abfolge der Module ist im Regelfall einzuhalten.

(3) Lehrveranstaltungen, die nur im Jahresturnus angeboten werden, sollen bei der ersten Möglichkeit absolviert werden.

(4) In besonders begründeten Härtefällen bzw. bei atypischen Studienverläufen können Teilzeitstudierende mit den jeweiligen Studienfachberatern und mit Zustimmung des Prüfungsausschusses verbindliche individuelle Studienvereinbarungen treffen.

Zu § 4 Absatz 7:

Das Studium muss grundsätzlich sofort aufgenommen werden, spätestens nach der zweiten Vorlesungswoche.

Zu § 8

Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

Zu § 8 Absatz 2:

Zielsprachliche Kompetenz kann nach einer entsprechenden Überprüfung als Studienleistung im Studienbereich Sprachpraxis (Sprachlehrveranstaltungen) anerkannt werden.

Zu § 10

Fristen für Modulprüfungen und Wiederholung von Modulprüfungen

Zu § 10 Absatz 1:

Für jede Modulprüfung muss die erste Prüfungsmöglichkeit wahrgenommen werden.

Zu § 13

Studienleistungen und Modulprüfungen

Zu § 13 Absatz 4:

Eine weitere Prüfungsart sind kursbegleitende mündliche und/oder schriftliche Aufgaben:

Kursbegleitende mündliche und/oder schriftliche Aufgaben (z. B. Grammatiktests, Vokabeltests, Kurzreferate, Protokolle usw.) sind mindestens zwei, über die Kursdauer verteilte Aufgaben, die von der bzw. dem Lehrenden überprüft und benotet werden.

Zu § 15

Bewertung der Prüfungsleistungen

Zu § 15 Absatz 3 Satz 5:

Setzt sich die Prüfungsleistung eines Moduls aus mehreren Teilleistungen zusammen, wird die Note des Moduls als ein mittels Leistungspunkten gewichtetes Mittel der Noten für die Teilleistungen errechnet.

Zu § 15 Absatz 3 Satz 13:

In den Anteil des Nebenfaches an der Gesamtnote werden die Prüfungsleistungen aller Module einbezogen. Dabei werden die Einführungsmodule einfach, die Aufbau- und Vertiefungsmodule doppelt gewichtet. Sprachpraxismodule werden immer einfach gewichtet.

II. Modulbeschreibungen

Der Bachelorstudiengang *Lateinamerika-Studien* besteht aus folgenden Modulen:

(1) Module in der Einführungsphase

Modul E1 Modultyp: Pflichtmodul in der Einführungsphase Titel: Grundkurs	
Qualifikationsziele	Die Studierenden sind in der Lage, einen Überblick über die Region zu geben, und zwar insbesondere hinsichtlich der raum-zeitlichen Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft, Literatur und Sprache. Sie lernen das Selbstverständnis, typische Themen und die wissenschaftlichen Zugänge der einzelnen am Studiengang beteiligten Fachgebiete kennen. Studierende erlangen ein Verständnis des transdisziplinären Forschungsansatzes der <i>Area Studies</i> .
Inhalte	Ansatz der Area Studies Probleme und Methoden der beteiligten Fächer
Lehrformen	Vorlesung (2 SWS) Übung unter Mitwirkung von Tutoren (2 SWS)
Unterrichtssprache	Deutsch
Voraussetzungen für die Teilnahme	Keine
Verwendbarkeit des Moduls	Das Modul ist Bestandteil des Bachelorstudienganges Lateinamerika-Studien als Nebenfach. Das Bestehen der Modulprüfung berechtigt zum Besuch der Aufbaumodule A1, A2 und A3 bzw. A4.
Art, Voraussetzungen und Sprache der Modulprüfung	<i>Voraussetzung:</i> Regelmäßige aktive Teilnahme an der Veranstaltung <i>Art der Prüfung:</i> Klausur (90 Minuten) <i>Sprache der Modulprüfung:</i> Deutsch (Spanisch oder Portugiesisch nach Absprache möglich)
Arbeitsaufwand in den einzelnen Modulteilen	Vorlesung 2 LP Übung 1 LP
Gesamtarbeitsaufwand des Moduls	3 LP
Häufigkeit des Angebots	In jedem Wintersemester
Dauer	Ein Semester

Modul E2-S Modultyp: Wahlpflichtmodul in der Einführungsphase Titel: Sprachpraxis I Spanisch	
Qualifikationsziele	Erwerb von Spanisch-Grundkenntnissen in den vier Fertigkeiten Hören, Sprechen, Lesen und Schreiben unter Bezugnahme auf Fragestellungen zum soziokulturellen Kontext Lateinamerikas
Inhalte	Einführung in die spanische Sprache, Vermittlung der grammatikalischen und lexikalischen Grundkenntnisse des Spanischen, Begegnung und Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten der lateinamerikanischen Kultur, Entwicklung der Sprachkompetenz in repräsentativen Bereichen (Alltag, Geschichte, Wirtschaft, Kultur) der lateinamerikanischen Länder
Lehrformen	Sprachlehrveranstaltung SP1 <i>Intensivkurs</i> (3 SWS) Sprachlehrveranstaltung SP2 (5 SWS)
Unterrichtssprache	Deutsch/Spanisch
Voraussetzungen für die Teilnahme	keine
Verwendbarkeit des Moduls	Das Modul ist Bestandteil des Bachelor-Studienganges Lateinamerika-Studien. Das Bestehen der Modulprüfung berechtigt zum Besuch des Aufbaumoduls Sprachpraxis II Spanisch (A3).
Art, Voraussetzungen und Sprache der Modulprüfung	<i>Voraussetzung zur Anmeldung zur Modulprüfung:</i> regelmäßige, aktive Teilnahme an den oben genannte Veranstaltung <i>Art der Prüfung:</i> Jeweils kursbegleitende mündliche und/oder schriftliche Aufgaben. Die Art und Anzahl werden vor Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. <i>Sprache der Modulprüfung:</i> Spanisch

Arbeitsaufwand in den einzelnen Modulteilern	Sprachlehrveranstaltung SP1 <i>Intensivkurs</i> 3 LP Sprachlehrveranstaltung SP2 5 LP
Gesamtarbeitsaufwand des Moduls	8 LP
Häufigkeit des Angebots	In jedem Wintersemester
Dauer	2 Semester

Modul E2-P Modultyp: Wahlpflichtmodul in der Einführungsphase Titel: Sprachpraxis I Portugiesisch	
Qualifikationsziele	Erwerb von Portugiesisch-Grundkenntnissen in den vier Fertigkeiten Hören, Sprechen, Lesen und Schreiben unter Bezugnahme auf Fragestellungen zum soziokulturellen Kontext Lateinamerikas
Inhalte	Einführung in die portugiesische Sprache, Vermittlung der grammatikalischen und lexikalischen Grundkenntnisse des Portugiesischen, Begegnung und Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten der lateinamerikanischen Kultur, Entwicklung der Sprachkompetenz in repräsentativen Bereichen (Alltag, Geschichte, Wirtschaft, Kultur) der lateinamerikanischen Länder
Lehrformen	Sprachlehrveranstaltung SP1 <i>Intensivkurs</i> (3 SWS) Sprachlehrveranstaltung SP2 (5 SWS)
Unterrichtssprache	Deutsch/Portugiesisch
Voraussetzungen für die Teilnahme	Keine
Verwendbarkeit des Moduls	Das Modul ist Bestandteil des Bachelor-Studiengangs Lateinamerika-Studien. Das Bestehen der Modulprüfung berechtigt zum Besuch des Aufbaumoduls Sprachpraxis II Portugiesisch (A3).
Art, Voraussetzungen und Sprache der Modulprüfung	<i>Voraussetzung zur Anmeldung zur Modulprüfung:</i> regelmäßige, aktive Teilnahme an den oben genannte Veranstaltung <i>Art der Prüfung:</i> Jeweils kursbegleitende mündliche und/oder schriftliche Aufgaben. Die Art und Anzahl werden vor Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. <i>Sprache der Modulprüfung:</i> Portugiesisch
Arbeitsaufwand in den einzelnen Modulteilern	Sprachlehrveranstaltung SP1 <i>Intensivkurs</i> 3 LP Sprachlehrveranstaltung SP2 5 LP
Gesamtarbeitsaufwand des Moduls	8 LP
Häufigkeit des Angebots	In jedem Wintersemester
Dauer	2 Semester

(2) Module in der Aufbauphase

Modul A1 Modultyp: Pflichtmodul in der Aufbauphase Titel: Geographie & Gesellschaft: Grundlagen	
Qualifikationsziele	Die Studierenden erwerben grundlegende Kenntnisse der Perspektiven und Forschungsansätze der Geographie, Politik- und Sozialwissenschaften. Sie kennen wichtige aktuelle und historische Forschungsthemen ebenso wie sie Kenntnisse der verschiedenen methodischen Zugriffe und Frageansätze der Geographie und Sozialwissenschaften erlangen.
Inhalte	Grundzüge der räumlichen Gliederung Lateinamerikas, im Sinne naturräumlicher und kulturgeographischer Gliederung Lateinamerikas unter der Betonung von großräumiger Gliederung und Regionalisierung, Ausmaß der räumlichen Disparitäten, problemorientierte Vertiefung wichtiger geographischer Fragestellungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen, besonders zu Themenfeldern der Urbanisierung, des Ressourcenmanagements und regionalpolitischer Entwicklungsstrategien, Überblick über die politische Entwicklung Lateinamerikas seit 1945, die Grundzüge der politischen Systeme, die zentralen politischen und sozialen Akteure sowie die Außenbeziehungen der lateinamerikanischen Staaten
Lehrformen	Seminar bzw. Vorlesung <i>Geographie A</i> (2 SWS) Seminar bzw. Vorlesung <i>Politik A</i> (2 SWS)
Unterrichtssprache	Deutsch

Voraussetzungen für die Teilnahme	Erfolgreiche Teilnahme am Einführungsmodul E1
Verwendbarkeit des Moduls	Das Modul ist Bestandteil des Bachelor-Studienganges Lateinamerika-Studien als Nebenfach. Das Bestehen ist Voraussetzung für die Teilnahme am Modul V1. Das Seminar <i>Geographie A</i> wird ggf. auch im Modul <i>Regionale Geographie</i> (Geo-Reg) des B.Sc.-Studiengangs Geographie verwendet.
Art, Voraussetzungen und Sprache der Modulprüfung	<i>Voraussetzung für die Anmeldung zur Modulprüfung:</i> regelmäßige und aktive Teilnahme an den oben genannten Veranstaltungen <i>Art der Prüfung:</i> Klausur oder mündliche Prüfung in <i>Geographie A</i> ; Klausur oder mündliche Prüfung in <i>Politik A</i> . Die konkreten Prüfungsarten werden zu Beginn der Lehrveranstaltungen bekannt gegeben. <i>Sprache der Modulprüfung:</i> Deutsch (Spanisch oder Portugiesisch nach Absprache möglich)
Arbeitsaufwand in den einzelnen Modulteilern	<i>Geographie A</i> 3 LP <i>Politik A</i> 3 LP
Gesamtarbeitsaufwand des Moduls	6 LP
Häufigkeit des Angebots	In jedem Sommersemester
Dauer	Zwei Semester

Modul A2**Modultyp:** Pflichtmodul in der Aufbauphase**Titel:** Geschichte & Indigene Kulturen: Grundlagen

Qualifikationsziele	Die Studierenden erwerben Kenntnisse der regionalen Binnendifferenzierungen in den verschiedenen Epochen der Geschichte und den indigenen Kulturen Lateinamerikas und den damit verbundenen historischen Entwicklungen. Sie kennen fachspezifische methodische Zugriffe und Frageansätze der Geschichtswissenschaft und der Ethnologie.
Inhalte	Überblick über die theoretischen und regionalen Arbeitsinhalte der Geschichte, Altamerikanistik und der Ethnologie Lateinamerikas: Formen und Vielfalt indigener Kulturen, spanische und portugiesische Kolonialherrschaft, Ausbildung unterschiedlicher regionaler Identitäten und Strukturen unter Berücksichtigung innerer und äußerer Faktoren. Staatsbildungsprozesse unter dem Einfluss innerer und äußerer Faktoren. Lateinamerika zwischen Tradition und Fortschritt: Konflikte um Politik, Entwicklungswege, Ethnizität, inner- und zwischenstaatliche regionale Dominanz und schichten-spezifische und/oder kulturell begründete Herrschaftsansprüche
Lehrformen	Seminar bzw. Vorlesung <i>Geschichte A</i> (2 SWS) Seminar bzw. Vorlesung <i>Indigene Kulturen A</i> (2 SWS)
Unterrichtssprache	Deutsch
Voraussetzungen für die Teilnahme	Erfolgreiche Teilnahme am Einführungsmodul E1
Verwendbarkeit des Moduls	Das Bestehen ist Voraussetzung für die Teilnahme am Modul V2.
Art, Voraussetzungen und Sprache der Modulprüfung	<i>Voraussetzung zur Anmeldung zur Modulprüfung:</i> regelmäßige und aktive Teilnahme an den oben genannten Veranstaltungen <i>Art der Prüfung:</i> Klausur (90 Minuten) in <i>Geschichte A</i> ; Klausur oder mündliche Prüfung in <i>Indigene Kulturen A</i> . Die konkrete Prüfungsart wird zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. <i>Sprache der Modulprüfung:</i> Deutsch (Spanisch bzw. Portugiesisch nach Absprache möglich)
Arbeitsaufwand in den einzelnen Modulteilern	<i>Geschichte A</i> 3 LP <i>Indigene Kulturen A</i> 3 LP
Gesamtarbeitsaufwand des Moduls	6 LP
Häufigkeit des Angebots	In jedem Sommersemester
Dauer	Zwei Semester

Modul A3-S Modultyp: Wahlpflichtmodul in der Aufbauphase Titel: Sprachpraxis II Spanisch	
Qualifikationsziele	Studierende werden zum Verständnis von spanischsprachigen Fachtexten aus verschiedenen Bereichen der lateinamerikanischen Kultur sowie zur schriftlichen Abfassung und dem mündlichen Vortrag eigener Standpunkte in Spanisch befähigt.
Inhalte	Wiederholung und Vertiefung besonderer Aspekte der Syntax und Semantik des Spanischen, landeskundliche Themen aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas
Lehrformen	Sprachlehrveranstaltung SP3 <i>Intensivkurs</i> (3 SWS) Sprachlehrveranstaltung SP4 (4 SWS)
Unterrichtssprache	Deutsch/Spanisch
Voraussetzungen für die Teilnahme	erfolgreiche Teilnahme an den Modulen E1 und E2
Verwendbarkeit des Moduls	Das Modul ist Bestandteil des BA-Studienganges Lateinamerika-Studien im Nebenfach. Das Bestehen der Modulprüfung berechtigt zum Besuch des Vertiefungsmoduls V3.
Art, Voraussetzungen und Sprache der Modulprüfung	<i>Voraussetzung zur Anmeldung zur Modulprüfung:</i> regelmäßige, aktive Teilnahme an den oben genannten Veranstaltungen <i>Art der Prüfung:</i> Jeweils kursbegleitende mündliche und/oder schriftliche Aufgaben. Die Art und Anzahl wird vor Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. <i>Sprache der Modulprüfung:</i> Spanisch
Arbeitsaufwand in den einzelnen Modulteilen	Sprachlehrveranstaltung SP3 3 LP Sprachlehrveranstaltung SP4 4 LP
Gesamtarbeitsaufwand des Moduls	7 LP
Häufigkeit des Angebots	In jedem Sommersemester
Dauer	Ein Semester

Modul A3-P Modultyp: Wahlpflichtmodul in der Aufbauphase Titel Sprachpraxis II Portugiesisch	
Qualifikationsziele	Studierende werden zum Verständnis von portugiesischsprachigen Fachtexten aus verschiedenen Bereichen der lateinamerikanischen Kultur sowie zur schriftlichen Abfassung und dem mündlichen Vortrag eigener Standpunkte in Portugiesisch befähigt.
Inhalte	Wiederholung und Vertiefung besonderer Aspekte der Syntax und Semantik des Portugiesischen, landeskundliche Themen aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas
Lehrformen	Sprachlehrveranstaltung SP3 <i>Intensivkurs</i> (3 SWS) Sprachlehrveranstaltung SP4 (4 SWS)
Unterrichtssprache	Deutsch/Portugiesisch
Voraussetzungen für die Teilnahme	erfolgreiche Teilnahme an den Modulen E1 und E2
Verwendbarkeit des Moduls	Das Modul ist Bestandteil des BA-Studienganges Lateinamerika-Studien im Nebenfach. Das Bestehen der Modulprüfung berechtigt zum Besuch des Vertiefungsmoduls V3.
Art, Voraussetzungen und Sprache der Modulprüfung	<i>Voraussetzung zur Anmeldung zur Modulprüfung:</i> regelmäßige, aktive Teilnahme an den oben genannten Veranstaltungen <i>Art der Prüfung:</i> Jeweils kursbegleitende mündliche und/oder schriftliche Aufgaben. Die Art und Anzahl werden vor Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. <i>Sprache der Modulprüfung:</i> Portugiesisch
Arbeitsaufwand in den einzelnen Modulteilen	Sprachlehrveranstaltung SP3 3 LP Sprachlehrveranstaltung SP4 4 LP
Gesamtarbeitsaufwand des Moduls	7 LP
Häufigkeit des Angebots	In jedem Sommersemester
Dauer	Ein Semester

(3) Module in der Vertiefungsphase

Modul V1 Modultyp: Wahlpflichtmodul in der Vertiefungsphase Titel: Geographie & Gesellschaft im regionalen Kontext	
Qualifikationsziele	Studierende erwerben vertiefte Kenntnisse der geographischen und sozialwissenschaftlichen Arbeitsweisen und ihrer Anwendungsbezüge im regionalen Kontext Lateinamerikas. Sie erweitern ihre Kompetenz in multidisziplinären Betrachtungs- und Analyseansätzen der <i>Area Studies</i> . Sie bauen ihre Fähigkeit zum selbständigen Erarbeiten einer schriftlichen Hausarbeit zu Teilaspekten der Seminarproblematik aus.
Inhalte	Heranführung an und Vertiefung von ausgewählten aktuellen Themenschwerpunkten der Geographie und Politikwissenschaften, Vorstellung relevanter Arbeitsmethoden, Erläuterung disziplinübergreifender Ansätze der Regionalforschung und deren Untersuchung an Fallbeispielen
Lehrformen	Seminar <i>Geographie B</i> (2 SWS) Seminar <i>Politik B</i> (2 SWS)
Unterrichtssprache	Deutsch/Spanisch bzw. Portugiesisch
Voraussetzungen für die Teilnahme	Erfolgreiche Teilnahme am Modul A1
Verwendbarkeit des Moduls	Das Modul ist Bestandteil des Bachelor-Studiengangs Lateinamerika-Studien. Das Seminar <i>Geographie B</i> wird auch im Modul <i>Geographie-Hauptseminar</i> (Geo-HS) des B.Sc.-Studiengangs Geographie verwendet.
Art, Voraussetzungen und Sprache der Modulprüfung	<i>Voraussetzung zur Anmeldung zur Modulprüfung:</i> regelmäßige und aktive Teilnahme an den oben genannten Veranstaltungen <i>Art der Prüfung:</i> mündlicher Vortrag und Hausarbeit in <i>Geographie B</i> ; mündlicher Vortrag und Hausarbeit in <i>Politik B</i> <i>Sprache der Prüfung:</i> Deutsch (Spanisch bzw. Portugiesisch nach Absprache möglich)
Arbeitsaufwand in den einzelnen Modulteilern	<i>Geographie B</i> 4 LP <i>Politik B</i> 4 LP
Gesamtarbeitsaufwand des Moduls	8 LP
Häufigkeit des Angebots	In jedem Wintersemester
Dauer	Zwei Semester

Modul V2 Modultyp: Wahlpflichtmodul in der Vertiefungsphase Titel: Geschichte & Indigene Kulturen im regionalen Kontext	
Qualifikationsziele	Studierende werden zur Lösung spezifisch methodischer und inhaltlicher Fragestellungen aus dem Bereich Geschichte und indigene Kulturen befähigt. Sie erweitern ihre Kompetenz in multidisziplinären Betrachtungs- und Analyseansätzen der <i>Area Studies</i> . Sie erweitern ihre Fähigkeit zum selbständigen Erarbeiten einer schriftlichen Hausarbeit zu Teilaspekten der Seminarproblematik.
Inhalte	Regionale Schwerpunktthemen, methodischer Zugriff des Faches Geschichte, gängige fachwissenschaftliche Begrifflichkeit, Untersuchung erforderlicher bzw. verfügbarer Quellen, soziale, wirtschaftliche und ideologische Zusammenhänge in ausgewählten indigenen Kulturen und Gesellschaften vor und nach der <i>Conquista</i>
Lehrformen	Seminar bzw. Übung <i>Geschichte B</i> (2 SWS) Seminar <i>Indigene Kulturen B</i> (2 SWS)
Unterrichtssprache	Deutsch/Spanisch bzw. Portugiesisch
Voraussetzungen für die Teilnahme	Erfolgreiche Teilnahme am Modul A2
Verwendbarkeit des Moduls	Das Modul ist Bestandteil des Bachelor-Studiengangs Lateinamerika-Studien. Das Seminar bzw. die Übung <i>Geschichte</i> wird ggf. auch in dem Grund-, Vertiefungs- oder Epochenmodul (G, V oder EP) des BA-Studiengangs Geschichte verwendet. Das Seminar <i>Indigene Kulturen</i> wird ggf. auch in den Modulen V1-3 des BA-Studiengangs Ethnologie verwendet.
Art, Voraussetzungen und Sprache der Modulprüfung	<i>Voraussetzung zur Anmeldung zur Modulprüfung:</i> regelmäßige und aktive Teilnahme an den oben genannten Veranstaltungen <i>Art der Prüfung:</i> mündl. Vortrag und Hausarbeit in <i>Geschichte B</i> ; mündl. Vortrag und Hausarbeit in <i>Indigene Kulturen B</i>

	<i>Sprache der Modulprüfung:</i> Deutsch (Spanisch bzw. Portugiesisch nach Absprache möglich)	
Arbeitsaufwand in den einzelnen Modulteilern	<i>Geschichte B</i>	4 LP
	<i>Indigene Kulturen B</i>	4 LP
Gesamtarbeitsaufwand des Moduls	8 LP	
Häufigkeit des Angebots	In jedem Wintersemester	
Dauer	Zwei Semester	

Modul V3 Modultyp: Pflichtmodul in der Vertiefungsphase Titel: Sprache & Literatur		
Qualifikationsziele	Die Studierenden erwerben ein Überblickswissen zur Geschichte der lateinamerikanischen Literaturen sowie Grundkenntnisse für die angemessene Handhabung des literaturwissenschaftlichen Begriffsinventars.	
Inhalte	Überblick über die Entwicklung der Sprache und Literatur Lateinamerikas von der <i>Conquista</i> bis zur Gegenwart, Spezifika der vielfältigen Literaturen des Kontinents an exemplarischen Texten von der Kolonialzeit über die Unabhängigkeitsbewegungen, identitätsentwerfenden Integrationsbestrebungen bis hin zum „Boom“ und der zeitgenössischen Literatur, vertiefende Untersuchung zentraler Themen der lateinamerikanischen Literatur in ihren historischen Kontexten auf der Grundlage komplexerer Texte	
Lehrformen	Seminar bzw. Vorlesung <i>Sprache & Literatur A</i> (2 SWS) Seminar <i>Sprache & Literatur (Spanisch) B</i> (2 SWS) bzw. Seminar <i>Sprache & Literatur (Portugiesisch) B</i> (2 SWS)	
Unterrichtssprache	Deutsch/Spanisch bzw. Portugiesisch	
Voraussetzungen für die Teilnahme	Erfolgreiche Teilnahme an dem Modul A3 bzw. A4	
Verwendbarkeit des Moduls	Das Modul ist Bestandteil des Bachelor-Studiengangs Lateinamerika-Studien. Das Seminar <i>Sprache & Literatur (Spanisch) B</i> wird auch in dem Modul <i>Historische und theoretische Grundlagen der spanischsprachigen Literaturen (A3)</i> des BA-Studiengangs Spanisch verwendet. Das Seminar <i>Sprache & Literatur (Portugiesisch) B</i> wird auch in dem Modul <i>Historische und theoretische Grundlagen der portugiesischsprachigen Literaturen (A3)</i> des BA-Studiengangs Portugiesisch verwendet.	
Art, Voraussetzungen und Sprache der Modulprüfung	<i>Voraussetzung zur Anmeldung zur Modulprüfung:</i> regelmäßige und aktive Teilnahme an den oben genannten Veranstaltungen <i>Art der Prüfung:</i> Klausur (90 Minuten) in <i>Sprache & Literatur A</i> ; Mündl. Vortrag und Hausarbeit in <i>Sprache & Literatur B</i> (Spanisch und Portugiesisch). <i>Sprache der Modulprüfung:</i> Deutsch, Spanisch bzw. Portugiesisch nach Absprache möglich	
Arbeitsaufwand in den einzelnen Modulteilern	<i>Sprache & Literatur A</i>	3 LP
	<i>Sprache & Literatur B</i>	4 LP
Gesamtarbeitsaufwand des Moduls	7 LP	
Häufigkeit des Angebots	Jedes zweite Semester	
Dauer	Zwei Semester	

Zu § 23**Inkrafttreten**

Diese fachspezifischen Bestimmungen treten am Tage nach der Genehmigung durch das Präsidium der Universität in Kraft. Sie gelten erstmals für Studierende, die ihr Studium zum Wintersemester 2011/2012 aufnehmen.

Hamburg, den 9. Mai 2011

Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 1796

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Bauaufträge – Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 11 A 0282

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Bundesrepublik Deutschland,
diese vertreten durch die
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **11 A 0282**
Rohbauarbeiten
- c) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- d) Ort der Ausführung:
**Reichspräsident-Ebert-Kaserne,
Osdorfer Landstraße 365, 22589 Hamburg**
- e) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
4113 G 0601 Neubau Sporthalle Gebäude 42
Art der Leistung:
11 A 0282 Rohbau
Umfang der Leistung:
ca. 1500 m² Planum, Fundamente, Estrich Stahlbeton-
stützen umlaufend, in verschiedenen Maßen
KS als Ausfachung und Hintermauerwerk
ca. 1100 m² Wittmunder Klinker Mustertafel 11 o.glw.
ca. 1200 m² Kalkzementputz
- f) Aufteilung in Lose: Nein
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Ausführungsfrist:
Beginn: 4. Oktober 2011, Ende: 31. August 2012
- i) Anforderung der Verdingungsunterlagen:
Bewerbungsschluss: 16. August 2011
Versand der Verdingungsunterlagen: 19. August 2011
- j) Entgelt für die Verdingungsunterlagen:
Vergabenummer: **11 A 0282**
Höhe des Entgeltes: 9,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks
und Briefmarken werden nicht angenommen.)
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Anschrift siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 11 A 0282

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
 - gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
 - die Kasse die Einzahlung bestätigt hat.
- Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Angebotseröffnung:

6. September 2011, 10.00 Uhr,
Anschrift siehe Buchstabe a)

t) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist:

6. Oktober 2011

u) Geforderte Eignungsnachweise:

Mit dem Angebot sind vorzulegen: Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124).

v) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt:

Anschrift siehe Buchstabe a)

Herr Grade, Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 04

Nachprüfung behaupteter Verstöße: Entfällt

Nachprüfungsstelle nach § 21 VOB/A:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 4 50,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

Hamburg, den 29. Juli 2011

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

671

Bauaufträge – Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 11 A 0288

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Bundesrepublik Deutschland,
diese vertreten durch die
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **11 A 0288**
Gerüstbauarbeiten
- c) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- d) Ort der Ausführung:
**Reichspräsident-Ebert-Kaserne,
Osdorfer Landstraße 365, 22589 Hamburg**
- e) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
4113 G 0601 Neubau Sporthalle Gebäude 42
Art der Leistung:
11 A 0288 Gerüstbau
Umfang der Leistung:
ca. 2000 m² Standgerüst als Arbeitsgerüst, längsorientiert, bekleidet. Klasse 4/ W09 bis ca 10 m über Gelände für ca. 30 Wochen.
- f) Aufteilung in Lose: Nein
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Ausführungsfrist:
Beginn: 27. Februar 2012, Ende: 29. September 2012
- i) Anforderung der Verdingungsunterlagen:
Bewerbungsschluss: 16. August 2011
Versand der Verdingungsunterlagen: 23. August 2011
- j) Entgelt für die Verdingungsunterlagen:
Vergabenummer: **11 A 0288**
Höhe des Entgeltes: 5,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Anschrift siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 11 A 0288
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– die Kasse die Einzahlung bestätigt hat.
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Angebotseröffnung:
20. September 2011, 10.00 Uhr,
Anschrift siehe Buchstabe a)

- t) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist:
20. Oktober 2011
- u) Geforderte Eignungsnachweise:
Mit dem Angebot sind vorzulegen: Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124).
- v) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt:
Anschrift siehe Buchstabe a)
Herr Grade, Telefon: +49 (0)40/4 28 42 - 2 04
Nachprüfung behaupteter Verstöße: Entfällt
Nachprüfungsstelle nach § 21 VOB/A:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: +49 (0)40/4 28 42 - 4 50,
Telefax: +49 (0)40/4 28 42 - 2 06

Hamburg, den 29. Juli 2011

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

672

**Bauaufträge – Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 11 A 0289**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Bundesrepublik Deutschland,
diese vertreten durch die
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **11 A 0289**
Stahlbauarbeiten
- c) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- d) Ort der Ausführung:
**Reichspräsident-Ebert-Kaserne,
Osdorfer Landstraße 365, 22589 Hamburg**
- e) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
4113 G 0601 Neubau Sporthalle Gebäude 42
Art der Leistung:
11 A 0289 Stahlbau
Umfang der Leistung:
Hallenkonstruktion einschließlich Dachunterkonstruktion in Profilstahl.
- f) Aufteilung in Lose: Nein
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Ausführungsfrist:
Beginn: 16. Januar 2012, Ende: 5. April 2012

- i) Anforderung der Verdingungsunterlagen:
Bewerbungsschluss: 16. August 2011
Versand der Verdingungsunterlagen: 23. August 2011
- j) Entgelt für die Verdingungsunterlagen:
Vergabenummer: **11 A 0289**
Höhe des Entgeltes: 6,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Anschrift siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 11 A 0289
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– die Kasse die Einzahlung bestätigt hat.
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Angebotseröffnung:
22. September 2011, 10.00 Uhr,
Anschrift siehe Buchstabe a)
- t) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist:
24. Oktober 2011
- u) Geforderte Eignungsnachweise:
Mit dem Angebot sind vorzulegen: Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124).
- v) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt:
Anschrift siehe Buchstabe a)
Herr Grade, Telefon: +49 (0)40 / 4 28 42 - 2 04
Nachprüfung behaupteter Verstöße: Entfällt
Nachprüfungsstelle nach § 21 VOB/A:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 42 - 4 50,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

Hamburg, den 29. Juli 2011

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

**Bauaufträge – Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 11 A 0290**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Bundesrepublik Deutschland,
diese vertreten durch die
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **11 A 0290**
**Dachdeckungs-, Dachabdichtungs-
und Klempnerarbeiten**
- c) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- d) Ort der Ausführung:
**Reichspräsident-Ebert-Kaserne,
Osdorfer Landstraße 365, 22589 Hamburg**
- e) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
4113 G 0601 Neubau Sporthalle Gebäude 42
Art der Leistung:
11 A 0290 Dachdeckungs-, Dachabdichtungs-
und Klempnerarbeiten
Umfang der Leistung:
Hallendach als Satteldach 5 Grad auf bauseitiger Stahlunterkonstruktion: ca. 1000 m² Trapezblech als Tragschale + Dämmung + Dachabdichtung aus Ethylen-Vinylacetat-Terpolymer + ca. 18 Stück Lichtkuppeln. Anbaudach: ca. 500 m² Schweißbahn + Dämmung. Diverse Andichtungen und Klempnerarbeiten.
- f) Aufteilung in Lose: Nein
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Ausführungsfrist:
Beginn: 26. März 2012, Ende: 31. August 2012
- i) Anforderung der Verdingungsunterlagen:
Bewerbungsschluss: 19. August 2011
Versand der Verdingungsunterlagen: 25. August 2011
- j) Entgelt für die Verdingungsunterlagen:
Vergabenummer: **11 A 0290**
Höhe des Entgeltes: 7,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)
Empfänger: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Anschrift siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 11 A 0290
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- die Kasse die Einzahlung bestätigt hat.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Angebotseröffnung:
27. September 2011, 10.00 Uhr,
Anschrift siehe Buchstabe a)
- t) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 28. Oktober 2011
- u) Geforderte Eignungsnachweise:
Mit dem Angebot sind vorzulegen: Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124).
- v) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt:
Anschrift siehe Buchstabe a)
Herr Grade, Telefon: +49 (0)40/4 28 42 - 2 04
Nachprüfung behaupteter Verstöße: Entfällt
Nachprüfungsstelle nach § 21 VOB/A:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: +49 (0)40/4 28 42 - 4 50,
Telefax: +49 (0)40/4 28 42 - 2 06

Hamburg, den 1. August 2011

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

674

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Referat für Einkaufs- und Ausschreibungsdienste,
Zu Händen Herrn Samuel Küppers
Telefax: 040/4 28 23 - 13 64
E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de
Internet-Adresse:
Hauptadresse des Auftraggebers:
<http://www.ausschreibungen.hamburg.de>
Weitere Auskünfte erteilen:
andere Stellen: siehe Anhang A.I
Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
andere Stellen: siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
andere Stellen: siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Lieferung von Bürobedarfsartikeln sowie Kalendern

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(b) Lieferung

Kauf

Hauptlieferort: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Abschluss einer Rahmenvereinbarung

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern

Höchstzahl der an der geplanten Rahmenvereinbarung Beteiligten: 3

Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 4 Jahre

Geschätzter Gesamtwert des Auftrags über die Gesamtlaufzeit der Rahmenvereinbarung ohne MwSt.: 5 160 000,- Euro.

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Lieferung von Bürobedarfsartikeln sowie Kalendern an die Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg sowie an die Hamburg Port Authority [HPA] AöR und die Hamburger Versorgungsfond [HVF] AöR für einen Zeitraum von rund 2 Jahren mit 2 automatischen Verlängerungen um jeweils 12 Monate falls der Vertrag nicht von einem der Vertragspartner mindestens 6 Monate vorher gekündigt wird.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 30192000

Ergänzende Gegenstände: 30192700

30199792

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja

Die Angebote sollten wie folgt eingereicht werden: für ein oder mehrere Lose.

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Bürobedarf, Büromaterialien und Kalender für die Freie und Hansestadt Hamburg in einem

- Volumen von 5 160 000,- Euro inklusive der zweimaligen Option um Verlängerung um jeweils 12 Monate.
- II.2.2) Optionen: Ja
Beschreibung der Optionen: 2 mögliche Verlängerungen des Vertrages um jeweils 12 Monate, wenn nicht einer der Vertragspartner mindestens 6 Monate vor Vertragsende kündigt.
Zahl der möglichen Verlängerungen: 2
Voraussichtlicher Zeitrahmen für Folgeverträge bei verlängerbaren Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen: 12 Monate
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Beginn: 17. Oktober 2011
Ende: 30. September 2013

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Von allen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Um die Eignung des Bieters und ggf. des Unterauftragnehmers/der Unterauftragnehmer in Bezug auf seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilen zu können, muss mit dem Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist folgendes eingereicht werden: Darstellung des Unternehmens.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Um die Eignung des Bieters und ggf. des Unterauftragnehmers/der Unterauftragnehmer in Bezug auf seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilen zu können, muss

mit dem Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist folgendes eingereicht werden: Bisher durchgeführte Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs der letzten drei Jahre inklusive Auftragsumfang, Auftraggeber, Auftragsjahr und Gesamtumsatz. Bei Bietern, die die FHH als AG in den letzten Jahren mit Leistungen ähnlicher Art beliefert haben, ist ein entsprechender Hinweis in den Angeboten anstelle der Referenzen ausreichend.

- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: 2011000060
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 31. August 2011, 14.00 Uhr
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
Preis: 5,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Über das Online-Portal Hamburg-Service (www.hamburg.gateway.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren. Dort werden Ihnen die Verdingungsunterlagen kostenfrei zur Verfügung gestellt.
Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich gegen Vorabesendung von 5,- Euro

an die Finanzbehörde Hamburg, Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100, Postbank Hamburg, Kontonummer 391 336-206, BLZ 200 100 20, unter Angabe der Projektnummer 2011000060 abgefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:
6. September 2011, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Bis 28. Oktober 2011
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:**
Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote (§ 22 EG VOL/A).
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird. Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
28. Juli 2011

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:**
Offizielle Bezeichnung:
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Referat für Einkaufs- und Ausschreibungsdienste
zu Händen Herrn Samuel Küppers,
Telefax: 040/4 28 23 - 13 64
E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de
Internet-Adresse:
www.ausschreibungen.hamburg.de
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Submissionssstelle, Raum 100,
Telefax: 040/4 28 23 - 14 02,
E-Mail: finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Submissionssstelle, Raum 100,
Telefax: 040/4 28 23 - 14 02,
E-Mail: finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Bürobedarf

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Lieferung von Bürobedarf und Büromaterial in zwei Abschnitten
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 30192000
Ergänzende Gegenstände: 30192700
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2**Bezeichnung:** Präsentieren und Laminieren

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Lieferung von Bedarf zum Präsentieren und Laminieren
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 30192000
Ergänzende Gegenstände: 30192700
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 3**Bezeichnung:** Kalender

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Lieferung von Kalendern
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 30199792
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 28. Juli 2011

Die Finanzbehörde

675

**Bekanntmachung
Beschränkte Ausschreibung
nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

- a) Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Ausschreibungsstelle 3 B 2, Anja Brandenberger,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 85, Telefax: 040/4 28 23 - 62 71,
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Es wird ein zeitlich befristeter Rahmenvertrag ausgeschrieben, aufgrund dessen die vorgesehenen bis zu 25 Vertragsunternehmen (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage mit Leistungspositionen ohne Mengenangaben (Menge 1) durchgeführt. In die engere Wahl kommen nur solche Angebote, die nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht ausgeschlossen werden. Für die Rahmenvertragspreise werden aus den Angeboten der Bieter, die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, bereinigte Mittelpreise errechnet. Das entsprechende Preisverzeichnis wird den für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Bieterinnen und Bietern mit der Aufforderung übersandt, zu erklären, ob sie zur Ausführung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit sind. Die Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben haben, werden in die Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen. Für die Liste sind insgesamt bis zu 25 Unternehmen vorgesehen.

- e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen der Freien und Hansestadt Hamburg

- f) Vergabenummer: **SBH ÖT 03/2011**

Der Rahmenvertrag SBH Hochbau „Bodenbelagsarbeiten“ beinhaltet die Reparatur alter Fußböden, einschließlich Unterböden, das Verlegen textiler Fußböden, Kunststoff-, Parkett- und Sicherheitsbeläge, einschließlich der Zuschläge und Rabattsätze. Er dient als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung wie Reparaturleistungen, Havariebesichtigungen und sonstige Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang. Nach dem Rahmenvertrag können Aufträge von max. 5.000,- Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt auf 700.000,- Euro/Jahr geschätzt.

- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 1. Oktober 2011, Ende: 30. September 2012
- j) Entfällt
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am: 19. August 2011 um 13.00 Uhr.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o).
- n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden Ende August/Anfang September 2011 an die qualifizierten Firmen verschickt. Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Mitte September 2011 stattfinden.
- o) Anschrift
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
Ausschreibungsstelle 3 B 2,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Entfällt
- r) Entfällt
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschafts-

prüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistrauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“
- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. September 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,

Herr Klaus Teichert (Sprecher der Geschäftsführung),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Hamburg, den 29. Juli 2011

Die Finanzbehörde

676

**Bekanntmachung
Beschränkte Ausschreibung
nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

- a) Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Ausschreibungsstelle 3 B 2, Anja Brandenberger,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 85, Telefax: 040/4 28 23 - 62 71,
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Es wird ein zeitlich befristeter Rahmenvertrag ausgeschrieben, aufgrund dessen die vorgesehenen bis zu 25 Vertragsunternehmen (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage mit Leistungspositionen ohne Mengenangaben (Menge 1) durchgeführt. In die engere Wahl kommen nur solche Angebote, die nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht ausgeschlossen werden. Für die Rahmenvertragspreise werden aus den Angeboten der Bieter, die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, bereinigte Mittelpreise errechnet. Das entsprechende Preisverzeichnis wird den für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Bieterinnen und Bieter mit der Aufforderung übersandt, zu erklären, ob sie zur Ausführung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit sind. Die Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben haben, werden in die Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen. Für die Liste sind insgesamt bis zu 25 Unternehmen vorgesehen.
- e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen der Freien und Hansestadt Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH ÖT 04/2011**
Der Rahmenvertrag SBH Hochbau „Anstricharbeiten“ beinhaltet Malerarbeiten an Innenwänden, Fassaden, Stahlkonstruktionen und Tapezierarbeiten aller Art. Er dient als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung wie Reparaturleistungen, Havariebeseitigung und sonstige Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang. Nach dem Rahmenvertrag können Aufträge von max. 5.000,- Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt auf 700.000,- Euro / Jahr geschätzt.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 1. Oktober 2011, Ende: 30. September 2012
- j) Entfällt
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am: 19. August 2011 um 13.00 Uhr.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o).
- n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen

werden Ende August/Anfang September 2011 an die qualifizierten Firmen verschickt. Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Mitte September 2011 stattfinden.

- o) Anschrift
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
Ausschreibungsstelle 3 B 2,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Entfällt
- r) Entfällt
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregisterauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.

g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“

h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. September 2011.

w) Beschwerdestelle:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
Herr Klaus Teichert (Sprecher der Geschäftsführung),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Hamburg, den 29. Juli 2011

Die Finanzbehörde

677

Bekanntmachung Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

- a) Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Ausschreibungsstelle 3 B 2, Anja Brandenberger,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 85, Telefax: 040/4 28 23 - 62 71,
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Es wird ein zeitlich befristeter Rahmenvertrag ausgeschrieben, aufgrund dessen die vorgesehenen bis zu 25 Vertragsunternehmen (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage mit Leistungspositionen ohne Mengenangaben (Menge 1) durchgeführt. In die engere Wahl kommen nur solche Angebote, die nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht

ausgeschlossen werden. Für die Rahmenvertragspreise werden aus den Angeboten der Bieter, die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, bereinigte Mittelpreise errechnet. Das entsprechende Preisverzeichnis wird den für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Bieterinnen und Bieter mit der Aufforderung übersandt, zu erklären, ob sie zur Ausführung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit sind. Die Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben haben, werden in die Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen. Für die Liste sind insgesamt bis zu 25 Unternehmen vorgesehen.

- e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen der Freien und Hansestadt Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH ÖT 05/2011**

Der Rahmenvertrag SBH Hochbau Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungsanlagen“ beinhaltet die Reparatur für Heizungsanlagen aller Art einschließlich Zuschläge und Rabattsätze. Er dient als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung wie Reparaturleistungen, Havarie-beseitigungen und sonstige Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang. Nach dem Rahmenvertrag können Aufträge von max. 5.000,- Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt auf 800.000,- Euro / Jahr geschätzt.

- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 1. Oktober 2011, Ende: 30. September 2012
- j) Die Abgabe von Nebenangeboten ist nicht zulässig.
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am: 22. August 2011 um 14.00 Uhr.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o).
- n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden Ende August/Anfang September 2011 an die qualifizierten Firmen verschickt. Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Mitte September 2011 stattfinden.
- o) Anschrift
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
Ausschreibungsstelle 3 B 2,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Entfällt
- r) Entfällt
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der

Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregisterauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“
- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeits-

bescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. September 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
Herr Klaus Teichert (Sprecher der Geschäftsführung),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Hamburg, den 29. Juli 2011

Die Finanzbehörde

678

**Bekanntmachung
Beschränkte Ausschreibung
nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

- a) Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Ausschreibungsstelle 3 B 2, Anja Brandenberger,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 85, Telefax: 040/4 28 23 - 62 71,
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Es wird ein zeitlich befristeter Rahmenvertrag ausgeschrieben, aufgrund dessen die vorgesehenen bis zu 25 Vertragsunternehmen (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage mit Leistungspositionen ohne Mengenangaben (Menge 1) durchgeführt. In die engere Wahl kommen nur solche Angebote, die nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht ausgeschlossen werden. Für die Rahmenvertragspreise werden aus den Angeboten der Bieter, die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, bereinigte Mittelpreise errechnet. Das entsprechende Preisverzeichnis wird den für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Bieterinnen und Bieter mit der Aufforderung übersandt, zu erklären, ob sie zur Ausführung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit sind. Die Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben haben, werden in die Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen. Für die Liste sind insgesamt bis zu 25 Unternehmen vorgesehen.
- e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen der Freien und Hansestadt Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH ÖT 06/2011**

Der Rahmenvertrag SBH Hochbau/Haustechnik „Elektroinstallationsarbeiten“ beinhaltet die Arbeiten in elektrotechnischen Niederspannungsanlagen der Gebäude-, Haus- und Beleuchtungstechnik, einschließlich Zuschläge und Rabattsätze. Er dient als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung wie Reparaturleistungen, Havarie-beseitigungen und sonstige Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang. Nach dem Rahmenvertrag können Aufträge von max. 5.000,- Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt auf 800.000,- Euro / Jahr geschätzt.

- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 1. Oktober 2011, Ende: 30. September 2012
- j) Die Abgabe von Nebenangeboten ist nicht zulässig.
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am: 22. August 2011 um 14.00 Uhr.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o).
- n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden Ende August/Anfang September 2011 an die qualifizierten Firmen verschickt. Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Mitte September 2011 stattfinden.
- o) Anschrift
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
Ausschreibungsstelle 3 B 2,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Entfällt
- r) Entfällt
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.

- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistrauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“
- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. September 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH – Schulbau Hamburg,
Herr Klaus Teichert (Sprecher der Geschäftsführung),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Hamburg, den 29. Juli 2011

Die Finanzbehörde

679

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

802 K 69/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Harmsweg 9 d belegene, im Grundbuch von Bramfeld Blatt 4013 eingetragene 151 m² große Grundstück, (Flurstück 3408), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem voll unterkellerten zweigeschossigen Endreihenhaus mit ausgebautem Dachgeschoss etwa aus dem Jahre 1958, Wohnfläche etwa 102 m². Eine Innenbesichtigung wurde dem Gutachter nicht ermöglicht. Das Objekt wird vermutlich vom Eigentümer bewohnt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 140 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 13. Oktober 2011, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 15. November 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 5. August 2011

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**

Abteilung 802

680

Zwangsversteigerung

616 K 17/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21073 Hamburg, Wilstorfer Straße 51 belegene, im Grundbuch von Harburg Blatt 17 049 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 55/1000 Miteigentumsanteilen an dem 544 m² großen Flurstück 2928, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 8 des Aufteilungsplans, durch das Gericht versteigert werden.

2-Zimmer-Dachgeschosswohnung mit etwa 49,36 m² Wohnfläche in einem etwa 1914 errichteten Mehrfamilienhaus. Die Wohnung war zum Zeitpunkt der Begutachtung vermietet. Es besteht erheblicher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf an den Außenanlagen des Gemeinschaftseigentums.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 31 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 27. September 2011, 11.00 Uhr**, Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im

Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 25. März 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 5. August 2011

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

681

Zwangsversteigerung

616 K 25/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Georg-Wilhelm-Straße 260 d, 21107 Hamburg belegene, im Grundbuch von Wilhelmsburg Blatt 8811 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1/12 Miteigentumsanteilen an dem 5306 m² großen Flurstück 3241, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 3, durch das Gericht versteigert werden.

Wohnungseigentum in Form eines Reihenhaushauscharakters über 3 Geschosse in einem Mehrfamilienhaus mit vier Wohneinheiten, Baujahr 2006. Auf dem Gelände stehen drei Mehrfamilienhäuser zu je vier WE. Für das Gelände besteht allgemeiner Bombenblindgängerverdacht. Wohn-/Nutzfläche etwa 132 m². Aufteilung: Erdgeschoss mit Eingangsbereich, Küche, Gäste-WC, Wohnzimmer (25,4 m²); I. Obergeschoss mit Flur, Vollbad und 2 Zimmer (12,6 m² und 14,1 m²); II. Obergeschoss mit Flur, Bad mit WC und Waschbecken und 3 Zimmer (12,6 m², 11,6 m² und 8,6 m²). Sondernutzungsrechte bestehen für 1 Kfz-

Stellplatz, die an die Terrasse angrenzende Gartenfläche und einer Gartenfläche am Rand des Grundstücks. Das Wohnungseigentum ist eigengenutzt.

Verkehrswerte gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 204 000,- Euro für die gesamte Wohnung, 102 000,- Euro je hälftigem Miteigentumsanteil an dieser Wohnung.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 27. September 2011, 9.00 Uhr**, Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 28. Mai 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 5. August 2011

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

682

Zwangsversteigerung

616 K 46/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21109 Hamburg, Brackstraße 35 belegene, im Grundbuch von Wilhelmsburg Blatt 3425 eingetragene 1107 m² große Grundstück (Flurstück 3805), durch das Gericht versteigert werden.

Doppelhaushälfte mit Garage, Baujahr 1965/1985, zweigeschossig, voll unterkellert, 153 m² vollwertige Wohnfläche. Kellergeschoss: Vollbad, 2 Zimmer, Flur. Erdgeschoss: 2 Zimmer, Küche, Bad, Flur. Dachgeschoss: 2 Zimmer, Duschbad, Flur. Ausstattungszustand 1985. Es besteht Renovierungsbedarf. Im Garten befindet sich ein Rundbunker aus dem 2. WK. Das Objekt ist eigengenutzt (Beschreibung aufgrund eines Gutachtens von 2009).

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 225 000,- Euro für das Grundstück, 112 500,- Euro je hälftigem Miteigentumsanteil.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 4. Oktober 2011, 9.00 Uhr**, Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. August 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 5. August 2011

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

683

Zwangsversteigerung

616 K 32/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21075 Hamburg, Ehestorfer Weg 141 a belegene, im Grundbuch von Eißendorf Blatt 5058 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 2454/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 999 m² großen Flurstück 797, verbunden mit dem Sondernutzungsrecht für einen Pkw-Stellplatz. Die Wohnung ist eigengenutzt.

2-Zimmer-Eigentumswohnung, Baujahr 1984, Wohnfläche etwa 88 m², ausgebauter Spitzboden, Kellerraum, Sondernutzungsrecht für einen Pkw-Stellplatz. Die Wohnung ist eigengenutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 147 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 11. Oktober 2011, 11.00 Uhr**, Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 21. Juni 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 5. August 2011

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**
Abteilung 616

684

Zwangsversteigerung

717 K 2/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Leharstraße 3, Heubergerstraße belegene, im Grundbuch von Meiendorf Blatt 6788 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 198/1000 Miteigentumsanteilen an dem 1241 m² großen Flurstück 1877, verbunden mit dem Sondereigentum an allen Räumen der im Aufteilungsplan mit der Nummer 2 bezeichneten Doppelhaushälfte und der ebenfalls mit der Nummer 2 bezeichneten Garage, durch das Gericht versteigert werden.

Das Wohnungseigentum besteht an einer eingeschossigen, vollunterkellerten Doppelhaushälfte mit ausgebautem Dachgeschoss, postalische Anschrift „Leharstraße 3b“. Errichtung des Gebäudes vermutlich 1982/1983. Die Wohnfläche beträgt etwa 96 m². Es besteht ein Sondernutzungsrecht an einer Gartenfläche. Eine Innenbesichtigung wurde der Sachverständigen nicht ermöglicht. Das Objekt wird von der Verfahrensschuldnerin zu Wohnzwecken genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 208 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 25. Oktober 2011, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040 / 4 28 81 - 29 10 / - 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 24. Januar 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens

herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 5. August 2011

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

685

Aufgebot

319 b C 253/08. Herr **Werner Gustav Emil Wohlfeil**, Rössra 8, 23795 Weede, vertreten durch Notar Dr. Andre Vollbrecht, Gänsemarkt 50, 20354 Hamburg, Aktenzeichen: ös 065 VO 08, hat das Aufgebot zur Kraftloserklärung des Grundschuldbriefs Gruppe 02 Nummer 10253284 über die im Grundbuch von Bahrenfeld Blatt 2847 in Abteilung III unter Nummer 25 für Werner Gustav Emil Wohlfeil, geboren am 26. Februar 1950 eingetragene Grundschuld über 10 000,- DM beantragt.

Der Inhaber des Briefes wird hiermit aufgefordert, spätestens in dem auf **Donnerstag, den 1. Dezember 2011, 9.30 Uhr, Saal 114**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Termin seine Rechte anzumelden und den Brief vorzulegen, da dieser sonst für kraftlos erklärt wird.

Hamburg, den 21. Juli 2011

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**

Abteilung 319

686

Ausschlussurteil

58 C 29/09. 1. Der/Die unbekannte/n Gläubiger/in der im Grundbuch von (Hamburg-) Eppendorf, Band 134, Blatt 5008 in Abteilung III Nummer 1 über 355,- Goldmark für die offene Handelsgesellschaft in Firma Fr. Carl Puttfarcken eingetragenen Rentenschuld wird/ werden mit seinen/ihren Rechten ausgeschlossen.

2. Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von (Hamburg-) Eppendorf, Band 134, Blatt 5008, Abteilung III Nummer 2 eingetragenen Grundschuld über 3000,- GM (dreitausend Goldmark) für Heinrich Henne-mann, wird für kraftlos erklärt.

3. Die Kosten des Verfahrens trägt die Antragstellerin.

Hamburg, den 17. Mai 2011

Das Amtsgericht, Abt. 58

687

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 in der Helmholtz-Gemeinschaft
 Postanschrift:
 Sekretariat Abteilung Warenwirtschaft, V4
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Telefon: +49 (0)40 / 89 98 - 24 80
 Telefax: +49 (0)40 / 89 98 - 40 09
 E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des Auftraggebers (URL):
 www.desy.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
 Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
 wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
 Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
 den oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers
 und Haupttätigkeit(en)**
 Sonstiges:
 Öffentlich geförderte Stiftung privaten Rechts
 Sonstiges: Forschung
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftrag-
 geber:
 Lieferung von Elektro Gabelstaplern mit einer
 Tragfähigkeit/ Nennlast von 1,8 und 3,0 Tonnen
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung
 (b) Lieferung
 Kauf
 Hauptlieferort:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:
 Lieferung von 3 Stück Elektro Gabelstapler
 (Neufahrzeuge) mit Drehstromantrieb und einer

Tragfähigkeit/Nennlast von 1,8 Tonnen sowie von
 4 Stück Elektro Gabelstapler (Neufahrzeuge) mit
 Drehstromantrieb und einer Tragfähigkeit/ Nenn-
 last von 3,0 Tonnen. Da die Stapler zum Teil im
 XFEL Tunnel eingesetzt werden, müssen sie
 klein und wendig sein. Zudem müssen die Fahr-
 zeuge in der Lage sein, alle Bewegungen mög-
 lichst langsam, zielgenau und feinfühlig ausfüh-
 ren zu können.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV)
 Hauptgegenstand: 42415110
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja
 Angebote sollten für ein oder mehrere Lose ein-
 gereicht werden.
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang (einschließlich aller
 Lose und Optionen, falls zutreffend):
 – 3 Stück Elektro Gabelstapler (Neufahrzeuge)
 mit Drehstromantrieb und einer Tragfähigkeit/
 Nennlast von 1,8 Tonnen
 – 4 Stück Elektro Gabelstapler (Neufahrzeuge)
 mit Drehstromantrieb und einer Tragfähigkeit/
 Nennlast von 3,0 Tonnen
 – Zum Lieferumfang gehört pro Los jeweils eine
 Ladestation sowie eine Ersatzbatterie.
- II.2.2) Optionen: –
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw.
 Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT- LICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFOR- MATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
 gemäß Vergabeunterlagen
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-
 gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-
 schriften:
 gemäß Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der
 Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen für die Auf-
 tragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers
 sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in
 einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,
 um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 – Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Han-
 delsregister. Bieter, die ihren Sitz nicht in der

	Bundesrepublik Deutschland haben, haben entsprechende Bescheinigungen vorzulegen.	Kriterien	Gewichtung
	– Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.	1. Preis	70 %
	– Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.	2. Lieferzeit	30 %
III.2.2)	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	IV.2.2)	Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
	Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:	IV.3)	Verwaltungsinformationen
	– Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.	IV.3.1)	Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EO 007-11-XFEL
	– Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.	IV.3.2)	Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
	– Gesamtumsatz des Unternehmens, bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.	IV.3.3)	Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/ Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung: Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 19. August 2011 Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein
III.2.3)	Technische Leistungsfähigkeit	IV.3.4)	Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge: 12. September 2011
	Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:	IV.3.5)	Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
	– Technische Beschreibung inkl. Datenblätter der angebotenen Gabelstapler	IV.3.6)	Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
	– Erklärung und Erläuterung, wie sichergestellt werden kann, dass bei Ausfällen eines Staplers ein Monteur innerhalb von 12 Stunden nach Meldung der Störung vor Ort beim DESY in Hamburg mit der Behebung der Störung beginnen kann.	IV.3.7)	Bindefrist des Angebots: 1. November 2011
III.2.4)	Vorbehaltene Aufträge: Nein	IV.3.8)	Bedingungen für die Öffnung der Angebote: 13. September 2011 Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein
III.3)	Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge	ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN	
III.3.1)	Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –	VI.1)	Dauerauftrag: Nein
III.3.2)	Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –	VI.2)	Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird: Nein
ABSCHNITT IV: VERFAHREN		VI.3)	Sonstige Informationen: –
IV.1)	Verfahrensart	VI.4)	Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren
IV.1.1)	Verfahrensart: Offenes Verfahren	VI.4.1)	Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt Postanschrift: Villemombler Straße 76, 53123 Bonn, Deutschland
IV.1.2)	Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –	VI.4.2)	Einlegung von Rechtsbehelfen: –
IV.1.3)	Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –	VI.4.3)	Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
IV.2)	Zuschlagskriterien	VI.5)	Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 29. Juli 2011
IV.2.1)	Zuschlagskriterien: Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:		

1820

Freitag, den 5. August 2011

Amtl. Anz. Nr. 61

ANHANG B
ANGABE ZU DEN LOSEN**Los-Nr. 1****Bezeichnung:** Elektro Gabelstapler; 1,8 Tonnen

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Lieferung von 3 Stück Elektro Gabelstapler (Neufahrzeuge) mit Drehstromantrieb und einer Tragfähigkeit/Nennlast von 1,8 Tonnen. Da die Stapler zum Teil im XFEL Tunnel eingesetzt werden, müssen sie klein und wendig sein. Deshalb sind nur die folgenden maximalen Abmessungen zugelassen: Breite: 1.120 mm; Höhe: 2.000 mm; Länge : 1.900 mm. Für die Positionierung und den Transport der Objekte ist es erforderlich, dass die Fahrzeuge langsam, zielgenau und feinfühlig arbeiten können. Zudem ist ein schnelles Wechseln des Akkus erforderlich.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 42415110
- 3) **Menge oder Umfang:**
 - 3 Stück Elektro Gabelstapler (Neufahrzeug) mit Drehstromantrieb, Tragfähigkeit/Nennlast: 1,8 Tonnen
 - 1 Stück Ladestation
 - 1 Stück Ersatzbatterie für Elektro Gabelstapler 1,8 Tonnen
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**
Zum Lieferumfang gehört pro Los jeweils eine Ladestation sowie eine Ersatzbatterie. Werden beide Lose an einen Bieter vergeben und ist die Ladestation für beide Staplertypen geeignet, so behält sich DESY das Recht vor nur insgesamt eine Ladestation zu beauftragen.

Los-Nr. 2**Bezeichnung:** Elektro Gabelstapler; 3,0 Tonnen

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Lieferung von 4 Stück Elektro Gabelstapler (Neufahrzeuge) mit Drehstromantrieb und einer Tragfähigkeit/Nennlast von 3,0 Tonnen. Da die Stapler zum Teil im XFEL Tunnel eingesetzt werden, müssen sie klein und wendig sein. Für

die Positionierung und den Transport der Objekte ist es erforderlich, dass die Fahrzeuge langsam, zielgenau und feinfühlig arbeiten können. Zudem ist ein schnelles Wechseln des Akkus erforderlich.

- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 42415110

- 3) **Menge oder Umfang:**
 - 4 Stück Elektro Gabelstapler (Neufahrzeug) mit Drehstromantrieb, Tragfähigkeit/Nennlast: 3,0 Tonnen
 - 1 Stück Ladestation
 - 1 Stück Ersatzbatterie für Elektro Gabelstapler 3,0 Tonnen

- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:**

Zum Lieferumfang gehört pro Los jeweils eine Ladestation sowie eine Ersatzbatterie. Werden beide Lose an einen Bieter vergeben und ist die Ladestation für beide Staplertypen geeignet, so behält sich DESY das Recht vor nur insgesamt eine Ladestation zu beauftragen.

Hamburg, den 29. Juli 2011

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

688

Gläubigeraufruf

Die Firma **TABY Amerika Holding GmbH** mit Sitz in Hamburg, Meßberg 4, 20095 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 7. Juli 2011

Der Liquidator

689

Gläubigeraufruf

Die Firma **TABY Tankcontainer Verwaltungs GmbH** mit Sitz in Hamburg, Meßberg 4, 20095 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 7. Juli 2011

Der Liquidator

690